

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Christine Ostrowski, Dr. Winfried Wolf, Dr. Uwe-Jens Rössel,
Dr. Gregor Gysi und der Fraktion der PDS**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999
– Drucksachen 14/300 Anlage, 14/760, 14/612, 14/622, 14/623, 14/624 –**

hier: Einzelplan 12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und
Wohnungswesen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Haushaltsansatz im Kapitel 12 25 Titel 661 02 – Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnraum-Modernisierungsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die neuen Länder (einschl. ehemaliges Ost-Berlin) Abwicklung – wird angehoben:

Mehrjährige Maßnahmen	Gesamtausgaben des Bundes 1 000 DM	Verausgabt bis 1997 1 000 DM	Bewilligt 1998 1 000 DM	Nach 1998 übertragene Ausgabereste 1 000 DM	Veranschlagt 1999 1 000 DM	Vorbehalten für 2000 ff 1 000 DM
Zinszuschüsse für das Wohnraum-Modernisierungsprogramm	13 788 425	2 767 000	1 070 000	–	1 298 425	8 653 000
Ansatz neu	17 073 275	–	–	–	1 636 910	11 609 365

Bonn, den 28. April 1999

**Christine Ostrowski
Dr. Winfried Wolf
Dr. Uwe-Jens Rössel
Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

Begründung

Da bisher auch mit Hilfe dieses Programms 2/3 des Wohnungsbestandes (ca. 3 Millionen WE) erfolgreich modernisiert bzw. instandgesetzt wurden, steht die Förderung für das restliche Drittel noch aus. Wenn weitere Zinszuschüsse (jährlich ca. 210 Mio. DM 10 Jahre lang) in den Haushalt eingestellt würden, wäre die Modernisierung des Wohnraumbestandes ein in absehbarer Zeit lösbares Problem.

Es entspräche der Zielsetzung der Bundesregierung, die das Schwergewicht in den nächsten Jahren auf die Pflege des Bestandes und weniger auf den Neubau von Wohnungen legen will. Der Mehrbedarf wird finanziert durch die Privatisierungserlöse aus dem Erblastentilgungsfonds, da diese Mittel wieder in die neuen Länder für Investitionszwecke zurückfließen sollten.